Deutsche Botschaft Moskau
- Pressereferat -

Russland in deutschsprachigen (Online-)Medien
05.05.2014

Redaktion: Bettina Wagner

Russland in deutschen Medien wird zur internen Unterrichtung der Botschaft zusammengestellt und enthält eine Auswahl von Artikeln aus in Deutschland, Österreich und der Schweiz erscheinenden Presseerzeugnissen, die aus dem Internetangebot dieser Medien heruntergeladen werden, weshalb sich zeitliche Verschiebungen gegenüber der Veröffentlichung im jeweiligen Druck-Medium ergeben können.

Bürgerkrieg

Im Osten der Ukraine herrscht der blanke Hass, Welt.online

von Jörg Eigendorf und Julia Smirnova, 04.05.2014

Eine Woche waren "Welt"-Reporter zwischen Dnipropetrowsk und der Grenze zu Russland unterwegs. Und erlebten, wie die Menschen immer radikaler werden. Tagebuch über ein Land auf dem Weg in den Krieg.
Wie eine Festung steht das elfstöckige Hochhaus der Gebietsverwaltung von Donezk auf dem Hang, gesichert für den Kampf. Drum herum Sandsäcke, Autoreifen, Stacheldraht und vor allem: Hunderte entschlossene Männer, Schulter an Schulter, in mehreren Reihen. In den Händen halten

sie Schlagstöcke und Eisenketten, viele tragen schwarze Sturmhauben und Tarnanzüge, ein paar wenige Schutzhelme und Schutzwesten. Was wie eine Szene aus dem Monumentalfilm "Herr der Ringe" aussieht, der Moment vor der Schlacht, ist eine Momentaufnahme der Wirklichkeit. Der Wirklichkeit in Donezk, Ukraine. […]
http://www.welt.de/politik/ausland/article127608020/Im-Osten-der-Ukraine-herrscht-der-blanke-Hass.html

Russlands Doppeldenker

Die Verwilderung der Heimat, FAZ.net

von Kerstin Holm, Moskau, 04.05.2014

Zwischen Russland und der Ukraine schwanken die Grenzen gewaltig. Eines eint beide Völker: Von Europa sehen sie sich in die Rolle kleinkrämerischer Konsumenten gedrängt. Eine Inspektionsreise.

Man kann auch einer Heimat gegenüber loyal sein, die von einer Verbrecherbande beherrscht wird. Zum russischen Lebensgefühl gehört das Wissen, dass der Staat prinzipiell der Feind seiner Bürger ist. Die friedlichen Fluchttiere haben hier wenig zu bestellen, das Regiment gehört den Löwen und Hyänen. […]
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/russlands-doppeldenker-die-verwilderung-der-heimat-12922758.html

Putin kann sehr wohl eingreifen – wenn er will, Zeit.online

von Jutta Sommerbauer, Donezk, 03.05.2014

Unter Vermittlung des Putin-Vertrauten Lukin kommen die OSZE-Beobachter in der Ukraine frei. Das zeigt Russlands Einfluss – die Freilassung war längst abgemacht.
"Private Mission": So hatte das Wording für den Aufenthalt des Putin-Vertrauten Wladimir Lukin im ukrainischen Donezk zunächst gelautet. Rinat Achmetow habe ihn eingeladen, hieß es. Achmetow, der reichste Mann der Ukraine und Besitzer des Fußballclubs Schachtjor Donezk. Tatsächlich wurden beide Männer am Freitagabend auf Achmetows VIP-Tribüne in der Donbass-Arena gesichtet. […]
http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/osze-beobachter-ukraine-freilassung-russland-lukin

OSZE-Militärbeobachter in der Ukraine

Moskau als Türöffner, sueddeutsche.de

Von Cathrin Kahlweit, 03.05.2014

Er werde die Gefangenen nun an Vertreter Russlands übergeben, sagt der selbsternannte Bürgermeister von Slawjansk. Dann sind die OSZE-Militärbeobachter um den deutschen Leiter Axel Schneider plötzlich frei. Welche Rolle spielt dabei der russische Sondergesandte Lukin?

Sie waren seit dem 25. April in der Hand von prorussischen Separatisten in Slawjansk. Am Samstag sind die OSZE-Militärbeobachter überraschend freigekommen. Der Sprecher von

Thorbjorn Jagland, dem Generalsekretärs des Europarates, bestätigte die vorausgegangene Meldung des russischen Sondergesandten Wladimir Lukin. […]
http://www.sueddeutsche.de/politik/osze-militaerbeobachter-in-der-ukraine-moskau-als-tueroeffner-1.1949413

Krise in der Ukraine

Ist das wirklich der Bürgerkrieg?, FAZ.net

Von Serhij Zhadan, 04.05.2014

Eine Reise durch den Osten der Ukraine. Unterwegs entsteht nicht Angst oder Empörung, sondern Verwunderung. Es regnet, und die meisten Menschen halten sich heraus aus dem Spiel.

Wir, in der Ukraine, sind dabei, uns an die Berichte von Kampfhandlungen zu gewöhnen. In den letzten Monaten sind Waffen und Schießereien zum Teil unserer Realität geworden. Das konnte man sich noch vor einem halben Jahr schwer vorstellen. Doch die Wirklichkeit verändert sich, und unsere Einstellung zu vielen Dingen verwandelt sich auch. Es ist ein komisches Gefühl – morgens erst mal schnell die Nachrichten durchsehen in der Hoffnung, dass sie nicht zu unerfreulich sind. […]
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/krise-in-der-ukraine-ist-das-wirklich-der-buergerkrieg-12921625.html

Flüchtlinge geben Krim nicht verloren, Zeit.online

von Simone Brunner, Kiew, 04.05.2014

Tausende Ukrainer flohen nach der Krim-Annexion aufs Festland, schon kommen die ersten Vertriebenen aus dem Osten nach Kiew. Dort ist man dem Problem nicht gewachsen.

Als die ersten Gerüchte über russische Soldaten auf der Krim kursierten, fanden sie sich in Gruppen zu fünf oder zehn zusammen, um die tatarische Kleinstadt Bachtschyssaraj nachts zu bewachen. Auch Eles Mann war dabei. Ohne Waffen, nur mit ihren Händen, wollten sie ihre Familien vor Schlägern beschützen. Immer wenn ein Flugzeug am Himmel erschien, löschten sie die Lichter in ihren Häusern. "Es war wie im Krieg", sagt Ele. Die Flugzeuge, die Panzer, die Gerüchte, die Angst. […]
http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-krim-fluechtlinge

Prorussische Aktivisten stürmen Polizeizentrale in Odessa, Spiegel.online

Aus Odessa berichtet Benjamin Bidder, 04.05.2014

In der ukrainischen Millionenstadt Odessa eskaliert die Gewalt: Prorussische Demonstranten haben die Polizeizentrale gestürmt und die Freilassung festgenommener Aktivisten gefordert. Örtlichen Medienberichten zufolge konnten erste Gefangene das Gebäude bereits verlassen.
Odessa - Prorussische Kräfte haben am Sonntag die Zentrale der Polizei in der südukrainischen Stadt Odessa angegriffen. Die Aktivisten haben das Haupttor zum Innenhof aufgebrochen -

offenbar mit einem LKW, sie waren mit Knüppeln bewaffnet. Die Angreifer versammeln sich jetzt vor dem Eingang des Untersuchungsgefängnisses und fordern die Freilassung von prorussischen Aktivisten, die am 2. Mai festgenommen worden sind. Laut ukrainischen Medien sind bereits die ersten Gefangenen freigelassen worden.
Vor der zentralen Polizeistation hat sich eine große Menschenmenge versammelt - Schätzungen zufolge mehr als 2000 Demonstranten. Sie skandieren "Odessa, Odessa" und "Russland, Russland". Einige Unterstützer der Angreifer vor dem Tor feuern die Aktivisten an und rufen: "Ihr seid Helden, ihr seid Helden."

Menschenmenge erbeutet Uniformen und Helme
Erneut kam es auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ein ukrainischer Journalist wurde als Korrespondent des örtlichen TV-Kanals erkannt - und wurde geschlagen. Die Menge hat einen Polizeibus gestürmt und Uniformen sowie Helme der Bereitschaftspolizei erbeutet.
Die Polizei ist im Innenhof praktisch nicht zu sehen. Aber vor dem Gebäude ist eben eine Einheit der Bereitschaftspolizei aufgezogen.
In der Hafenstadt war bereits am Freitagabend die Gewalt zwischen Hunderten Anhängern der Regierungen in Kiew und Moskau eskaliert. Bei Straßenschlachten bewarfen sich beide Seiten mit Molotow-Cocktails, ein Gewerkschaftsgebäude geriet in Brand. Bei den Zusammenstößen wurden vier Menschen getötet, 38 weitere kamen bei dem vermutlich gezielt gelegten Brand ums Leben. Mehr als 200 Menschen wurden bei den Unruhen und dem Brand verletzt.
Der ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk machte am Sonntag bei einem Besuch in Odessa Russland für die jüngsten Straßenschlachten verantwortlich. Es habe sich um einen "organisierten Angriff auf das Volk" gehandelt, sagte der prowestliche Politiker. "Es war Russlands Absicht, in Odessa zu wiederholen, was sich im Osten des Landes ereignet", fügte Jazenjuk hinzu.
"Russland hat Leute hierher geschickt, um für Chaos zu sorgen", sagte Jazenjuk. Er rief seine Landsleute dazu auf, sich zu vereinen und zu versöhnen, um "die von Moskau unterstützten Terroristen" an der Spaltung der Ukraine zu hindern.
Der Ministerpräsident sprach den Angehörigen der Opfer "dieser schrecklichen Tragödie" sein Beileid aus und versprach eine Untersuchung, "um herauszufinden, wer nicht seine Pflicht getan hat".

Gauweiler kritisiert Einsatz der Bundeswehrsoldaten
Nach der Freilassung der entführten OSZE-Beobachter - am Samstagabend landeten die zwölf Inspektoren, darunter vier Bundeswehrsoldaten, in Berlin - gleitet die Ostukraine zunehmend in bürgerkriegsähnliche Zustände ab.
Mit Kampfhubschraubern und Panzerfahrzeugen gingen Regierungstruppen am Sonntag erneut gegen prorussische Separatisten vor, es gab Tote und Verletzte. Der "Anti-Terror-Einsatz" werde fortgesetzt, kündigte Innenminister Arsen Awakow in Kiew an. Moskau befürchtet eine Großoffensive der ukrainischen Sicherheitskräfte.
Die Bundesregierung verteidigte die Entsendung ihrer OSZE-Militärbeobachter in die Kampfzone. Deutliche Kritik übte hingegen CSU-Vizechef Peter Gauweiler. Im Interview mit dem SPIEGEL verurteilt er sowohl den Einsatz in dem Krisenland als solchen - als auch das Verhalten der Bundeswehrsoldaten dort.
Mit Material von AFP, dpa

http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-prorussische-aktivisten-stuermen-polizeizentrale-in-odessa-a-967496.html

Alltag in der Ostukraine

Die Parallelwelten von Donezk, taz.de

von Bernhard Clasen, Donezk, 04.05.2014

Die einen hoffen auf eine russische Invasion. Andere haben Angst. Die Mehrheit in der „Volksrepublik Donezk“ aber lebt weiter, als sei nichts geschehen.

Müde quälen sich zwei Männer einen kleinen Fußweg im Zentrum der ostukrainischen Stadt Donezk nach oben. Sie kommen von einer Demonstrationen zurück. Wegen der Hitze haben beide ihr Oberhemd abgelegt. Die meisten Fußgänger machen einen großen Bogen um die beiden Gestalten. […]
http://www.taz.de/Alltag-in-der-Ostukraine/!137835/

Separatisten siegessicher: "Wir werden gewinnen", diePresse.com

Aus Donezk berichtet Jutta Sommerbauer, 04.05.2014

In Donezk bereiten sich prorussische Aktivisten auf einen Sturm der Regierungstruppen vor. In Odessa kam es abermals zu Unruhen. 3000 Demonstranten griffen eine Polizeistation an.
Bringt Wasser, Essen, Teller, Besteck“: Die Lautsprecherstimme dröhnt über den Platz vor der Donezker Gebietsverwaltung. Es ist Sonntag, die Sonne scheint warm auf die Industriemetropole des Donbass. Vor dem elfstöckigen grauen Gebäude, das seit knapp einem Monat besetzt ist, haben sich mehrere hundert Menschen versammelt. Die Szene wirkt ein wenig wie ein Volksfest: Heldenlieder schallen durch Lautsprecher, Essen wird ausgegeben. Es sind vor allem ältere Donezker, die gekommen sind, man plauscht in Gruppen, schießt Fotos vor den Barrikaden aus Reifen, Holzstücken, Stacheldraht und Ziegelsteinen. Dann hebt der Sprecher abermals an: „Leute, wir brauchen eure Unterstützung. Bringt Benzin!“ Es ist ein Volksfest, bereit zu seiner Verteidigung.
Nur ein paar Dutzend Kilometer von der 950.000 Einwohner zählenden Stadt hat die ukrainische Armee seit vergangenem Freitag mit einer neuen Offensive gegen die von prorussischen Separatisten besetzten Einrichtungen begonnen. Am Sonntag kam es in Slawjansk und Kramatorsk weiter zu Schusswechseln zwischen der ukrainischen Armee und den Kämpfern der „Donezker Volksrepublik“, die sich von der Ukraine lossagen wollen. Ukrainische Soldaten halten Slawjansk umstellt. Berichte, wonach die Armee die Stadt eingenommen hätte, werden von der Donezker Volksrepublik dementiert. In Konstantinowka, 70 Kilometer nördlich von Donezk, nahm die Armee einen Fernsehturm ein. „Wir legen keine Pause ein“, verlautete Innenminister Arsen Awakow per Facebook. Doch die Gegenwehr blieb nicht aus: In Mariupol am Asowschen Meer zündeten Unbekannte ein Büro von Julia Timoschenkos Vaterlandspartei und eine Filiale der Privatbank an, die im Besitz des Dnjepropetrowsker Gouverneurs Igor Kolomojskij ist. In Jenakiewo, der Heimatstadt von Expräsident Viktor Janukowitsch, besetzten Aktivisten das metallurgische Kombinat, das dem Donezker Oligarchen Rinat Achmetow gehört. Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel: Kaum erobert die Armee ein besetztes Gebäude zurück, kapern die Aktivisten ein neues.

Durchhalteparolen werden lauter
Kiew will die Separatisten an der Abhaltung ihres für nächsten Sonntag geplanten Referendums hindern. Der große Erfolg ist bisher ausgeblieben. Der Chef des Kiewer Antiterrorzentrums, Wasilij Krutow, sprach offen von einem „Krieg“ in der Ostukraine.

Als Krieg werden die bewaffneten Auseinandersetzungen auch hier in der besetzten Donezker Gebietsverwaltung bezeichnet. Man bereitet sich auf einen drohenden Sturm der Regierungstruppen vor. „Wir werden gewinnen", ruft eine Frau. „Der Sieg ist unser!" Die Durchhalteparolen werden lauter, je mehr die Nervosität steigt.
In der Empfangshalle im Erdgeschoß haben die Aktivisten eine Art Ruheraum eingerichtet. Hier schenken Frauen Tee aus und schmieren Brote. Im Fernsehen läuft ein russischer Kanal, den die „Anhänger der Föderalisierung", wie sie hier genannt werden, nach der Besetzung des Fernsehturms statt eines Lokalsenders gegründet haben. Bilder der Straßenschlachten von Odessa am vergangenen Freitag, bei denen mehr als 40 Menschen starben, flimmern über den Bildschirm. Drei Dutzend prorussische Aktivisten starben im Gewerkschaftshaus, das in Flammen aufging. Wer für die vielen Toten Verantwortung trägt, ist noch unklar. Die prorussischen Demonstranten gelten hier ausnahmslos als Märtyrer und unschuldige Opfer. Im ukrainischen Fernsehen wird eine komplett andere Chronologie der Ereignisse geschildert. Zwei Versionen einer Geschichte.
Beide Seiten – proukrainische Demonstranten, prorussische Aktivisten – schieben einander die Schuld für die Eskalation zu. Unter den Anhängern der Volksrepublik Donezk gilt das Unglück als „Genozid am russischsprachigen Volk", für das man den rechten Sektor und Ultras verantwortlich macht. Nach drei Tagen der Trauer, die am heutigen Montag enden, verspricht man Gegenwehr. Die Bevölkerung, so heißt es, sei nicht mehr zu beruhigen.
Tatsächlich kam es in Odessa gestern Nachmittag erneut zu Ausschreitungen, als 3000 prorussische Demonstranten die Polizeizentrale angriffen. Sie riefen dabei „Faschisten!" Die Demonstranten verlangen die Freilassung von prorussischen Verdächtigen.
Die Polizeiführung des Gebiets war zuvor von Premierminister Arsenij Jazenjuk entlassen worden. Doch dieser Schritt konnte die Gemüter der prorussischen Demonstranten nicht beruhigen, ebenso wenig wie das Versprechen materieller Hilfe für die Opfer. Die tödliche Gewalt und der Brand in der Hafenstadt Odessa nannte Jazenjuk einen Teil eines russischen „Plans zur Zerstörung der Ukraine". Es sei Russlands Ziel gewesen, „in Odessa zu wiederholen, was sich im Osten des Landes ereignet". Zuvor hatte Jazenjuk eine „umfassende und unabhängige Untersuchung" angekündigt.

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3800777/Separatisten-siegessicher_Wir-werden-gewinnen?from=suche.intern.portal

Kritik von unerwarteter Seite

Krim-Referendum stark gefälscht, NZZ.online

von Christian Weisflog, 05.05.2014

Das Referendum über den Anschluss der Krim an Russland war stark gefälscht, sagt ein Bericht des Menschenrechtsrats des Russischen Präsidenten.
Dass etwas nicht stimmen kann, war nach der Verkündung der offiziellen Resultate sofort klar: Knapp 97 Prozent der Krim-Bewohner sollen am 16. März für den Anschluss an Russland gestimmt haben, bei einer Stimmbeteiligung von 83 Prozent.
Diese Zahlen sind kaum zu glauben. Schon deshalb, weil die Krimtataren das Referendum boykottiert hatten - immerhin 13 Prozent der Krim-Bevölkerung. Auch die 25 Prozent ethnische Ukrainer dürfte kaum geschlossen für einen Anschluss an Russland gestimmt haben.

Kleine Wahlbeteiligung

Diese Zweifel am offiziellen Wahlresultat werden nun auch von unerwarteter Seite bestärkt. Im Auftrag von Wladimir Putins Menschenrechtsrat reiste Mitte April eine kleine Delegation für drei Tage auf die Krim, um einen Bericht über «die Probleme der Krim-Bewohner» anzufertigen. Der Bericht wurde nun auch auf der offiziellen Website des Menschenrechtsrates veröffentlicht. Die heiklen Fakten verstecken sich weit unten, im letzten Abschnitt. Darin heisst es: «Nach unterschiedlichen Angaben haben 50 bis 60 Prozent der Stimmbürger für den Anschluss gestimmt, bei einer Wahlbeteiligung von 30 bis 50 Prozent.»
Viele Stimmbürger, die ein Ja eingelegt haben, hätten zudem nicht unbedingt für einen Anschluss an Russland votiert, sondern protestierten damit gegen die Willkür und Korruption der vom gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch ernannten Regionalführung.

Gezähmtes Gremium
Der Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten ist in den vergangenen Jahren immer zahnloser geworden. Respektierte und verdiente Menschenrechtler haben sich einer um den anderen aus dem Gremium zurückgezogen, weil sie mit der zunehmend autoritären Politik von Präsident Putin nicht einverstanden waren. Zu den Berichterstattern von der Krim gehörte allerdings auch die international ausgezeichnete Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina. Gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender Kanal 24 nahm sie kein Blatt vor den Mund. Mit dem Vorgehen auf der Krim habe sich «Russland selbst diskreditiert», so Gannuschkina. Mittlerweile ist der Bericht von der offiziellen Website des Menschenrechtsrates verschwunden. Mithilfe von Suchmaschinen ist er aber immer noch abrufbar.

http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/krim-referendum-stark-gefaelscht-1.18296089

Leitartikel zur Ukraine

Glaubwürdige strategische Partnerschaft, Berliner Zeitung

Von Thomas Kröter, 04.05.2014

Der Westen tut daher gut daran, seine Rhetorik und seine Möglichkeiten nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen. Sonst lädt er Wladimir Putin nur ein, fortzufahren wie bisher. Dialog heißt das Gebot der Stunde.
Mit großem Pathos hat Jewgeni Jewtuschenko Anfang der 60er-Jahre seine Hymne geschrieben: „Meinst Du die Russen wollen Krieg?“ Für den russischen Dichter, Jahrgang 1932, stand fest, dass sein Volk nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs nur eins wollen könne: Frieden! Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs hat der zwei Jahre ältere Helmut Kohl aus dieser Erfahrung den Schluss gezogen, die (west)europäische Einigung als Friedensprojekt zu propagieren.
Wer noch Verwandte, Freunde, Bekannte aus der Generation hat, die über eigene Erinnerungen an die Zeit des großen Schlachtens vor 1945 verfügen, die womöglich gegen Ende des Kriegs vor „dem Russen“ aus ihrer Heimat geflohen sind – der kann in diesen Tagen lange nicht mehr geführte Gespräche erleben. Jewtuschenkos Frage wird darin nicht nur rhetorisch formuliert, sondern mit besorgtem Ernst und mit durchaus offenem Ausgang.
Der Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, zwei Jahrzehnte jünger, hat derlei Sorgen eine politische Stimme gegeben. Was in der Ukraine geschehe, müsse ein Weckruf für Europa sein. Er appelliert an die westlichen Staaten, Schritt für Schritt mehr Geld in die Verteidigung zu investieren. Sein dramatischer Schluss: „Wir können nicht weitermachen wie bisher.“
Das klingt wie ein Aufruf zur Neuauflage des Kalten Kriegs. Diese Sichtweise wird umso populärer, je näher man der russischen Grenze kommt. Die Staaten des „neuen Europa“, die nach

dem Zweiten Weltkrieg ihre eigenen Erfahrungen mit Moskaus friedlicher Politik gemacht haben, fürchten ein ähnliches Schicksal wie die Ukraine – oder zumindest die Einschränkung ihrer Selbstbestimmung.
Mag sein , der Westen ist durch seine Erweiterung von Nato und EU Russland arg auf die Pelle gerückt. Aber indem Wladimir Putin versucht, Macht und Einfluss notfalls ohne Rücksicht auf das Völkerrecht, geschweige denn die Interessen der Nachbarstaaten, zu sichern und zu erweitern, weckt er Bedrohungsgefühle auch dort, wo sie längst Geschichte zu sein schienen.

Mäßige Sanktionen
Das westliche Bündnis hat auf dieses Vorgehen bislang mit einem maßvollen, manche sagen: mäßigen Bündel von Sanktionen reagiert. Sie sollen Russland mit wirtschaftlichem Druck zur Umkehr zwingen. Eine militärische Option wird ausgeschlossen. Aber immer intensiver wird darüber debattiert, nicht nur durch temporäre Manöver im Baltikum und in Osteuropa als Nato „Flagge" zu zeigen, sondern die ständige Präsenz demonstrativ zu erhöhen. Die spannende Frage lautet: Bestätigt derlei symbolische Drohpolitik die russische Einkreisungsangst, und bestärkt sie Moskau in seinem Vorgehen? Oder ist sie in der Lage, Putin und Co. davon zu überzeugen, dass ihre Politik das Gegenteil von dem erreicht, was sie will: mehr Sicherheit und Einfluss?
Bleiben Russland und der Westen in der Spirale von Druck und Gegendruck gefangen, dann stellt sich in der Tat irgendwann die Rasmussen-Frage: Reicht das aktuelle Drohpotenzial aus, um Putin Paroli zu bieten? Dann müssten westliche Politiker bereit sein, sich für mehr Panzer stark zu machen statt für mehr Straßen, geschweige denn weniger Steuern. Am Ende des Kalten Kriegs ist es dem Westen gelungen, die Sowjetunion „tot zu rüsten". Das ist derzeit nicht absehbar. Hierzulande nicht, aber auch nicht in der Führungsmacht USA. Gerade dort schrumpft der Militärhaushalt.
Der Westen tut daher gut daran, seine Rhetorik und seine Möglichkeiten nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen. Sonst lädt er Wladimir Putin nur ein, fortzufahren wie bisher. Dialog heißt das Gebot der Stunde – auch wenn der um Stärke bemühte Mann im Kreml nicht den Eindruck erweckt, er habe Interesse daran. Dieses Interesse zu wecken, ohne Schwäche zu zeigen, ist eine hohe politische und diplomatische Kunst. Die Nato müsste Russland dazu glaubwürdig klar machen, dass sie die strategische Partnerschaft wirklich will, die sie ihm nach dem Ende des Kalten Kriegs einmal in Aussicht gestellt hat. Dazu darf sie das Gespräch mit Putin nicht Ex- und Gernegrößen wie Gerhard Schröder und Philipp Mißfelder überlassen. Krisenzeiten sind Zeiten für Gipfeltreffen.
Auch wenn gegenwärtig eine neue Eiszeit nicht ausgeschlossen scheint, sind wir weit entfernt von einer „heißen" Auseinandersetzung – nicht zuletzt deshalb, weil nicht erkennbar ist, dass Russlands imperiale Ambitionen über sein nahes Umfeld hinausgehen. Die Mühe, die es gekostet hat, die OSZE-Beobachter aus der Geiselhaft zu befreien, könnte Putin auch gezeigt haben, wie schwer es ist, die Geister zu bändigen, die er beschworen hat. Nein, die Russen wollen keinen großen Krieg. Aus Friedensliebe? Aus kaltem Kalkül reicht.

http://www.berliner-zeitung.de/meinung/leitartikel-zur-ukraine-glaubwuerdige-strategische-partnerschaft,10808020,27024774.html

Ein Land in Scherben, Tagesspiegel.de

von Nina Jeglinski, 04.05.2014

Die deutschen Geiseln sind frei. Doch darüber hinaus gibt es keine gute Nachrichten aus der Ukraine. Warum spitzt sich die Lage immer weiter zu?

Auch nach der Freilassung der OSZE-Geiseln beruhigt sich die Lage nicht – im Gegenteil. Es scheint kaum noch Gegenden in der Ukraine zu geben, in denen sich prorussische und prowestliche Kräfte keine Kämpfe liefern. […]
http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-ein-land-in-scherben/9842850.html

Mut der Verzweiflung, Der Spiegel

von Christian Neef

Als am vergangenen Freitag, gegen sechs Uhr früh, im ostukrainischen Slowjansk die Glocken läuteten, dachte keiner der 115 000 Einwohner an etwas Böses. Es war Feiertag, wenngleich ein weltlicher: Der 1. Mai wird in der Ukraine mehrere Tage lang begangen.
Doch dann stellte sich heraus, dass das Läuten ein Alarmzeichen war. Ukrainische Spezialeinheiten hatten die Separatisten-Hochburg erneut in die Zange genommen. "Die Stadt ist von allen Seiten blockiert", bekannte Igor Strelkow, Chef der sogenannten Selbstverteidigungstruppen und Ex-Offizier der russischen Militäraufklärung GRU.
In Moskau schienen sie auf diesen Moment gewartet zu haben. Eine Operation der Ukraine "gegen das eigene Volk" würde "katastrophale Folgen haben", warnte das Außenministerium. Kein einziges Mal hatte es verlangt, dass die prorussischen Separatisten ihre Waffen niederlegen sollten. Russische Politiker erregten sich, die Ukrainer hätten "eine faschistische Strafaktion" begonnen, sie massakrierten die friedlichen Bürger von Slowjansk.
Davon aber war selbst im Moskauer Fernsehen nichts zu sehen. Die Ukrainer hatten zu diesem Zeitpunkt lediglich Checkpoints der Separatisten vor der Stadt geräumt. Und dort standen keine Zivilisten, sondern meist professionelle Militärs. "Ehemalige russische Soldaten mit Kampferfahrung in Tschetschenien, Irak, Jugoslawien und sogar Syrien", wie der separatistische Militärchef Strelkow freimütig bekannte. Seine bestens ausgerüsteten Kräfte hatten zu dieser Zeit bereits zwei ukrainische Hubschrauber abgeschossen.
Erst am frühen Abend drangen ukrainische Einheiten in die Stadt ein, Russland forderte zu dieser Zeit eine Sitzung des Uno-Sicherheitsrats. Dass Kiew sich erneut entschloss, militärisch gegen die Separatisten vorzugehen, überraschte. Zwei Tage zuvor hatte Serhij Taruta, der Gouverneur von Donezk, den Bürgermeistern seiner Region erklärt, auf Hilfe aus Kiew dürften sie nicht mehr hoffen. Die Ostukraine sei in der Hand prorussischer Aktivisten, sie müssten nun allein zurechtkommen.
Die Bürgermeister tröstete nur, dass sich die Regierung in Kiew endlich auf ein landesweites Referendum geeinigt hatte, bei dem die Ukrainer über eine größere Autonomie der Provinzen abstimmen dürfen. Es soll am 25. Mai stattfinden, zeitgleich mit der Präsidentenwahl. Das werde die Spannungen in der Ostukraine verringern, es werde die Leute beruhigen, sagte Gouverneur Taruta noch Mitte der Woche.
Welch ein frommer Wunsch. Nichts wird sich beruhigen. In Odessa starben am Freitagabend bei einer weiteren Eskalation Dutzende im brennenden Gewerkschaftsgebäude. Alles, was Kiew jetzt unternimmt, kommt wahrscheinlich zu spät. Die Separatisten hatten zuvor ein eigenes Referendum für den 11. Mai angekündigt. Dabei soll es nicht mehr um Autonomie gehen, sondern um die Abtrennung des Donezker Gebiets von der Ukraine.
Die nächsten Wochen, vielleicht schon die nächsten Tage könnten über die Zukunft der Ukraine entscheiden. Die Führung in Kiew spürt, wie ihr das Land entgleitet. Wohl auch deshalb versucht sie eine Doppelstrategie: einerseits ein Referendum, um die Meinung des Volkes zu hören, andererseits eine Demonstration der Stärke.
Die war aus ihrer Sicht überfällig, denn die Bilder der vergangenen Tage fielen für die neuen Herrscher in Kiew beschämend aus. Sie zeigten vor allem eines: wie leicht die prorussischen Milizen die Ukrainer entmachteten. In der Millionenstadt Donezk hatten am 1. Mai gerade mal 300 Mann die regionale Staatsanwaltschaft gestürmt und die Polizei mit Prügeln verjagt.

Schwarz-blau-rote Flaggen der "Donezker Volksrepublik" wurden auch in jenen Orten aufgezogen, die an der Straße von Donezk nach Luhansk liegen. Widerstand: keiner.
In Luhansk, der Hauptstadt der Nachbarprovinz, 420 000 Einwohner, kaperten die Separatisten Gouverneurssitz, Polizeizentrale, Geheimdienst und Staatsanwaltschaft und setzten einen "Volksgeneral" ein. Nach Beginn der Slowjansk-Offensive räumten sie mehrere besetzte Gebäude wieder. War das nur Taktik? Oder Angst vor der ukrainischen Armee?
Die Separatisten haben angekündigt, bis Ende dieser Woche vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie scheinen sich dabei an ein Drehbuch zu halten, wie es Jurij Sergejew, der Vertreter der Ukraine bei der Uno, vorige Woche beschrieb. Zuerst würden Schritt für Schritt die Ortsverwaltungen übernommen. Als Nächstes erkenne Russland diese Regionalverwaltungen als "unabhängig" an. Und dann schicke es eigene Leute in die Ostukraine - unter dem Vorwand, die Männer seien Friedenstruppen.
So könnte es noch immer kommen. Beim ersten Massenaufmarsch seit 23 Jahren zogen am 1. Mai in Moskau Zehntausende über den Roten Platz. Sie trugen unmissverständliche Losungen: "Slawjansk, Donezk, Lugansk - wir sind mit euch!" Oder: "Südosten der Ukraine: Wir werden die Unsrigen nicht im Stich lassen!"
Im russischen Fernsehen wurde in allen Details über die Einnahme der Bürgermeisterämter rund um Donezk und Luhansk berichtet. Dabei fiel kein kritisches Wort. Nicht einmal, wenn deutlich zu sehen war, wie Vermummte ihre Kalaschnikow schwenkten oder mit Spitzhacken die Türen der Amtsgebäude einschlugen. Die Fernsehsprecher betonten, dies sei ein Akt der Selbstverteidigung. Und die Akteure seien keine Separatisten, sondern "Anhänger einer Föderalisierung" der Ukraine.
Wiederholt sich rund um Donezk, was vorher auf der Krim oder bei der Abtrennung Abchasiens und Südossetiens von Georgien geschah? Der angesehene russische Militärexperte Alexander Golz wies vorige Woche in seiner Internetzeitung darauf hin, dass Anfang April Teile der 4. Panzerdivision und der 2. Infanteriedivision, die 76. Luftlandedivision aus Pskow, die 31. Luftlandebrigade aus Uljanowsk, die 106. Luftlandedivision aus Tula und die 23. Schützenbrigade aus Samara an der Grenze zur Ostukraine standen und vielleicht jetzt immer noch stehen. Es sind die Eliteeinheiten der russischen Armee.
Dass sie - bis Samstagfrüh jedenfalls - nicht eingesetzt wurden, könne zwei Gründe haben, so Golz. Entweder habe der Westen Putin klargemacht, dass damit eine rote Linie überschritten werde. Noch wahrscheinlicher sei die Erkenntnis der russischen Seite, dass sie zwar ohne Weiteres in die Ostukraine einmarschieren, sie aber nicht auf Dauer kontrollieren könne.
Die Krim vom Rest der Ukraine abzuschneiden sei ein Leichtes gewesen, so der Militärfachmann. Im Fall der Ostukraine aber müssten Hunderte Straßen und Schienenstränge, die ins Zentrum des Landes führen, unterbrochen werden. Dazu brauche Moskau weit mehr als 40 000 Mann.
Weil Russland die Separatisten politisch und moralisch unterstützt, führen die sich sehr selbstbewusst auf. In Donezk forderten die Führer der "Volksrepublik", die Behörden sollten ihnen für das Referendum Wahllokale, Wählerlisten und Technik zur Verfügung stellen. Notfalls werde man sich Wählerlisten mit Gewalt beschaffen.
In der besetzten Gebietsverwaltung erklärte ein Aktivist namens "Jewgenij" im Gespräch, wie die nächsten Tage ablaufen sollen, seinen vollen Namen wollte er nicht nennen. Ziel sei es, die Gebiete Donezk und Luhansk bis zum 9. Mai vollständig zu kontrollieren. Dann würden die Abstimmungslokale für das Referendum eingerichtet. Notfalls in Zelten der "Volksrepublik" neben den Amtssitzen der Bürgermeister. Unklar sei nur, ob sich Charkiw dem Referendum anschließen werde.
"Uns unterstützen viele Polizisten", sagt Jewgenij. "Sie erklären das nur nicht öffentlich. Nach dem Referendum werden sie sich von Kiew lossagen und alle in die Reihen der neuen Polizei übertreten."

Am 30. April kam heraus, dass die Wahlscheine für das Referendum längst gedruckt werden. Viele gehen davon aus, dass die Russen dabei behilflich sind. Auf den Stimmzetteln steht die Frage: "Unterstützen Sie den Akt der staatlichen Selbstständigkeit der Donezker Volksrepublik?" Eine Frage, so rätselhaft wie der künftige Status der Volksrepublik. Stimmt eine Mehrheit mit "Ja", könnte die prorussische Volkswehr sofort die Grenzen zum Rest der Ukraine absperren. Die Ostgrenze hingegen könnte für russische Bürger und das Militär geöffnet werden.
Aber wird tatsächlich eine Mehrheit für die Abtrennung der Ostukraine stimmen? Den Aktivisten der "Volksrepublik" und den Anhängern einer einheitlichen Ukraine steht eine schweigende Mehrheit gegenüber, deren Position bislang unklar ist. Ihre Haltung hängt von den Ereignissen der nächsten Tage ab - und wohl auch davon, welche Seite sich als die stärkere erweist.
Diese Gruppe wollen beide Seiten nun überzeugen. Gouverneur Taruta mit dem Argument, dass eine selbst ernannte Volksrepublik nicht überlebensfähig sei, weil niemand außer Russland sie anerkennen werde. Die russischen TV-Sender mit der Behauptung, der Faschismus sei auf dem Vormarsch - sie nutzen dazu ein symbolbeladenes Datum: den 9. Mai. Diesen Freitag jährt sich der Sieg über Hitlerdeutschland zum 69. Mal.
Vergangene Woche traf sich Wladimir Putin mit Parlamentariern des russischen Oberhauses. Der neue Vertreter der Krim sagte da, überall in den Nato-Ländern seien inzwischen Nachkommen oder ideologische Erben jener Kollaborateure an der Macht, die im Krieg aktiv mit den Nazi-Okkupanten zusammengearbeitet hätten. Putin saß schweigend daneben.

(Der Spiegel, Nr. 19 vom 05.05.2014 - Seite 88, 89)

Im Brennpunkt der ostukrainischen Unruheregion

Fahrten durch ein «befreites» Land, NZZ.online

von Ulrich Schmid, Kramatorsk, 04.05.2014

Die ukrainische Offensive gegen russlandfreundliche Separatisten scheint nicht nach dem Wunsch Kiews voranzukommen. Ein Augenschein in den umkämpften Gebieten deutet auf anhaltenden Widerstand hin.

Anton ist der Chef hier. Alle fragen ihn, wenn es etwas zu entscheiden gibt, alle warten geduldig, bis er entschieden hat. Sie warten nicht lange, nie. Der bleiche 30-Jährige mit dem schwarzen Kopftuch blickt ruhig vor sich hin, streicht sanft über den Lauf seiner Kalaschnikow und tut dann der Umgebung mit leiser Stimme seinen Ratschluss kund. Er habe keinen Rang, sagt Anton, die Opoltschinzy, die Volksmilizen, zu denen er gehöre, hätten weder Struktur noch Hierarchie. Das zumindest ist offenkundig falsch: Ohne Anton läuft hier gar nichts. Er regiert ohne ersichtlich Strenge, aber er regiert. «Wir waren frei», sagt er sinnend. «Und wir werden frei sein.» Er klingt etwas nach Hollywood, aber nicht schlecht.

Rauchende Ruinen
Ob Antons Reich tatsächlich «frei» bleibt, werden die nächsten Tage zeigen. Wir befinden uns vor dem «Gor-Sowjet», dem Rathaus der Stadt Kramatorsk in der Ostukraine, eine gute Autostunde nördlich von Donezk, mitten in der Kriegszone. Oben an der Sozialistitscheskaja Uliza stehen die rauchenden Skelette zweier Autobusse. Am Abend zuvor wurde an vielen Orten in Kramatorsk gekämpft. Einheiten aus Kiew griffen die Separatisten an, um ihrerseits die von Übergangspräsident Turtschinow angekündigte «Befreiung» endlich voranzubringen. Es kam zu wilden Schiessereien, bei denen die Einheiten Kiews laut Anton schwere Mittel einsetzten und Anton eine offenbar wichtige, aber gegenüber dem Korrespondenten nicht näher erläuterte Rolle

spielte. An der Strasse nach Slowjansk seien Menschen ums Leben gekommen, wie viele, kann oder will Anton nicht sagen. Dann seien die Leute Kiews wieder abgezogen. Das Zentrum hätten sie preisgegeben.

Das stimmt. Auf dem weiten Platz vor dem Kulturpalast mit dem obligaten Lenin-Denkmal werden Sonntagsspaziergänge absolviert, vor den rauchenden Überbleibseln der Pneu-Barrikaden lassen sich, genau wie einst auf dem Kiewer Maidan, die Mädchen fotografieren. Auch in anderen Stadtteilen von Kramatorsk ist von den Regierungstruppen nichts zu sehen, ebenso wenig wie auf der Fernstrasse, die von Kramatorsk nach Konstantinowka und Donezk führt.
Die Kampfspuren allerdings sind unübersehbar. In Konstantinowka kontrollieren bunt uniformierte Opoltschinzy vor brennenden Barrikaden die wenigen Autos, die sich an diesem Sonntagnachmittag auf die Strasse wagen. Einer von ihnen trägt eine alte sowjetische Jagdflinte. Am Ortsende blockiert ein halb aufgerissener, aber nicht explodierter Tankwagen die Strasse. In Druschkowka stehen rauchende Autowracks. Aus Slowjansk meldet die Website der Separatisten am Sonntagabend heftige Kämpfe am Stadtrand.

Allgegenwärtige Angst
Politisch hält sich Anton zurück. Das Referendum am 11. Mai werde trotz der unübersichtlichen Lage abgehalten. Man werde sich erst einmal für oder gegen die Unabhängigkeit der «Volksrepublik Donbass» aussprechen können. Die Zustimmung werde seiner Meinung nach etwa 70 bis 80 Prozent betragen. Danach gelte es die Frage zu entscheiden, ob man den Anschluss an Russland wolle. Er, Anton, wolle das. Und er sei sicher, die Mehrheit wolle das auch. Den Einwand, Umfragen deuteten klar darauf hin, dass die Mehrheit im Donbass für mehr Autonomie, aber ein Verbleiben im ukrainischen Staatsverband sei, wischt er beiseite – die Umfragen seien gefälscht. Alles, was Kiew tue, sei gefälscht. Eine alte Weisshaarige tritt herbei. Mit harten Fingern klaubt sie Stücke aus einem Weissbrot und hält sie uns wortlos hin. Brav kauen der Kommandant und der Korrespondent, Letzterer fühlt sich gefüttert.
Wie tief die Volksmilizen in der Bevölkerung verankert sind, lässt sich nur schwer sagen. In Kramatorsk geniessen sie grosse Unterstützung, anderswo mag es anders sein. In Donezk haben sich bisher kaum je wirklich grosse Mengen zusammengefunden, um die Separatisten zu unterstützen. Fernab von den besetzten Gebäuden trifft man immer wieder auf Kritiker der Separatisten, aber sie haben Angst, sich auszusprechen, und sie unterstreichen fast immer, dass sie mehr gegen «Kiew» haben als gegen die selbsternannten neuen Herren des Ostens. Wie sie sich in einer wirklich freien Wahl entscheiden würden, bleibe dahingestellt.
Sicher ist nur, dass die Propaganda Kiews, in der oft von einer restlos eingeschüchterten, aber im Grunde prowestlichen Bevölkerung die Rede ist, hier verlacht wird. Man misstraut Kiew, und man hasst die Neonazis vom «Rechten Sektor», die man für zahlreiche Greueltaten verantwortlich macht. Immer wieder sind Berichte zu hören, nach denen Einheiten des «Rechten Sektors» und der Spezialeinheit Alpha im Windschatten der offiziellen Armee in die Ostukraine vorrücken und dort Unbeschreibliches anrichten.

Jetzt gilt es ernst
Auch in Donezk hat sich vieles verändert. Erst ein paar Wochen ist es her, da warfen die Russlandtreuen die Scheiben der Oblast-Verwaltung ein. Heute sitzen sie in den Büros und akkreditieren westliche Journalisten. Auf den ersten Blick gleichen sich die Bilder, sicher. Noch immer wird der Platz vor dem Gebäude, das einst der Aktivist Gubarjew eroberte, mit hehrer kommunistischer Marschmusik beschallt. Noch immer hat man sich durch Berge von Reifen, Lattenzäune und Stacheldrahtrollen ins Innere des Gebäudes zu kämpfen, noch immer grinst Janukowitsch kätzisch von den Wänden und noch immer erleuchtet der Geist revolutionär durchglühter Solidarität die dunklen Flure. Auf wackligen Stühlen sitzen stumme Vermummte, die Beine ausgestreckt, rauchend, die Kalaschnikow auf den Knien.

Aber damals, im März, redete man anders. Man redete über Werte, man verteidigte Putin, man pries die Revolte im Osten, den Kommunismus, die unvergleichliche russische Spiritualität und die gesunde, allem Dekadenten und Westlichen abholde russische Seele. Heute redet man nur noch über Krieg und Taktik. Jetzt gilt es ernst. Wo wird geschossen, wo bombardiert? Wo lauern die Soldaten Kiews, wo die Faschisten des «Rechten Sektors»? Der Schweizer wird ausgesucht freundlich behandelt, sowjetische Reminiszenzen und Freude an russischer Literatur sind hier ein Plus.
Auch die Bürokratie erinnert an die sowjetische Zeit. Im siebten Stock gibt es die Akkreditierung der «Volksrepublik Donezk», ein schmuckloses Papier, im elften kommt ein Stempel drauf mit einer Sonne und zwei Hämmern. «Kostet nix, wir sind Kommunisten.» Gelächter. Ein junger Mann mit einem Spaten in der Hand begleitet den Gast zurück zur Tür. Was er hier umgräbt? Falsche Frage, unbehagliche Stille.

Hass und Drohungen
Auch auf dem Platz vor der Oblast-Verwaltung spricht man ganz anders. Jetzt wird nicht mehr aufbegehrt wie im März, jetzt wird gedroht. Zweitausend sind zusammengekommen, es spricht Miroslaw Rudenko, seine Botschaft ist klar: «Ihr werdet alle, alle noch drankommen!» Rudenko ist «Volksabgeordneter» und ein Mitstreiter Gubarews, der im März von den Kräften Kiews festgenommen worden war und bis heute im Gefängnis sitzt. Ultimativ verlangt er dessen Freilassung.
Im Westen mag sich, wenn vom Siegeszug der Moskaufreundlichen die Rede ist, manchmal ein Gefühl der Zwangsläufigkeit, der Unausweichlichkeit einstellen. Hier ist davon nichts zu spüren. Ihr Sohn, erst 21, habe sich den Leuten des selbsternannten Bürgermeisters von Slowjansk, Ponomarjow, angeschlossen, sagt uns Marina Kolesnikowa, eine hochgewachsene, sehr sachlich wirkende Bibliothekarin. Das mache ihr grossen Kummer. Kiew greife an, «in ihrem Schutz kommen die Nazis», sie fürchte um sein Leben.
Sie sei nicht etwa für einen Anschluss an Russland, sagt die Bibliothekarin, und von der Idee einer selbständigen Republik Donbass halte sie schon gar nichts. Sie werde beim Referendum Nein stimmen. Aber die Leute in Kiew, die akzeptiere sie nicht. «Faschisten, Nazis, Mörder!» Und dann, als realisiere sie, dass soviel Erregung irgendwie nicht zu ihrer feinen Erscheinung passt, fügt sie hilflos hinzu: «Wenn ich so etwas sagen darf.

http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/im-brennpunkt-der-ostukrainischen-unruheregion-1.18295651

Kommentar Ukrainekrise

Die Folgen des Fanatismus, taz.de

Kommentar von Erhard Stölting, 04.05.2014

Der Westen versus Russland? Das ist zu einfach, die Interessenlage ist vielfältiger. Dies gilt es endlich in den Blick zu nehmen.

Anfangs ging es auf dem Maidan um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung von Korruption. Auslöser der Proteste war die Weigerung des kleptokratischen Präsidenten Janukowitsch, den Assoziierungsvertrag mit der EU zu unterzeichnen, den er selbst ausgehandelt hatte. Dass er dann doch vor Russland einknickte, lässt ihn schwach erscheinen, aber macht ihn nicht zu einem Knecht Moskaus, wie immer wieder behauptet wird. […]
http://www.taz.de/Kommentar-Ukrainekrise/!137765/

Ukraine-Krise

Die Grausamkeit der Geschichte kehrt zurück, Welt.online

von Clemens Wergin, 04.05.2014

Die Europäer hofften, dass nach dem Ost-West-Konflikt die Blockkonfrontation beendet wäre. Doch zeigt sich Moskau wieder als antiwestliche Macht – und ein neues Zeitalter des Imperialismus zieht auf.

Hätte jemand vor sechs Monaten behauptet, Russland würde in der Ukraine einfallen, würde die Krim annektieren und stünde davor, sich weitere Teile des Landes einzuverleiben, dann wäre er als seltsamer Kauz und ewiger Kalter Krieger abgestempelt worden. Und noch immer stehen viele Experten und Politiker unter Schock, dass so etwas in Europa wieder möglich sein soll. Man will es einfach nicht glauben. […]
http://www.welt.de/politik/ausland/article127596506/Die-Grausamkeit-der-Geschichte-kehrt-zurueck.html

Hilfe auf russisch, Welt.online

Von Lars-Broder Keil, 05.05.2014

Wenn Moskau in Nachbarstaaten interveniert, beruft sich der Kreml gern auf dubiose Bittgesuche von dort. Auch vor der Krim-Krise war es nicht anders

Sondersitzung. Der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin präsentiert einen Brief des abgesetzten und nach Russland geflohenen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der an Amtskollege Wladimir Putin adressiert ist. Darin, so Tschurkin das angebliche Schreiben hoch haltend, bitte Janukowitsch Russland um einen Militärschlag gegen sein Land. Putin solle für Recht und Ordnung in der Ukraine sorgen, sein Land versinke in Chaos und Anarchie. Die Ukraine leide unter der Gewalt, die vom Westen ausgehe. Wenige Wochen nach der UN-Sitzung ist die ukrainische Halbinsel Krim russisch. […]
http://www.welt.de/print/wams/wissen/article127589685/Hilfe-auf-russisch.html

Europa und die Ukraine

Das alte Märchen zieht wieder, Tagesspiegel.de

von Gerd Appenzeller, 05.05.2014

Europa war lethargisch geworden, die Ukraine hat es geweckt. Vor kurzem noch hieß es, das alte Narrativ - nie wieder Krieg, offene Grenzen, Wohlstand - sei langweilig und überzeuge nicht mehr. Nun sieht jeder: Nicht die Ideen waren schal geworden, sondern die jungen Europäer lau.
Wer sich in den vergangenen Jahren, vor allem seit Beginn der Eurokrise, auf Veranstaltungen europanaher Institutionen bewegte, hörte immer öfter ein lautes Wehklagen. Es klang wie von einem Kind, dessen Lieblingsspielzeug kaputt gegangen war und das nun seine Freunde mit einer neuen, viel aufregenderen Beschäftigungsidee auf sich aufmerksam machen wollte. Europa braucht ein neues Narrativ, lautete die Klage. […]
http://www.tagesspiegel.de/meinung/europa-und-die-ukraine-das-alte-maerchen-zieht-wieder/9842608.html

Russland und die Ukraine

Stalins verdrängter Hungermord in der Ukraine, Tagesspiegel.de

von Malte Lehming, 05.05.2014

Vor 81 Jahren überzog Stalin die Ukraine mit einer Massenhungersnot, Millionen Menschen starben. Lange mussten die Überlebenden schweigen. Viele Historiker sprechen von einem Völkermord.

Es gibt einen Reiz-Reaktions-Mechanismus, der zwei Länder in Beziehung setzt und sofort ein Verbrechen assoziiert. Deutschland–Russland: Stalingrad, Deutschland–Israel: Auschwitz, Amerika–Vietnam: My Lai, Frankreich–Algerien: Massaker von Paris, Türkei–Armenien: Musa Dagh. […]
http://www.tagesspiegel.de/meinung/russland-und-die-ukraine-stalins-verdraengter-hungermord-in-der-ukraine/9842604.html

Sanktionen gegen Russland

Putins Mann bei Rosneft, FAZ.net

von Benjamin Triebe, 04.05.2014

Erste Konsequenzen der Sanktionen gegen Russland werden spürbar: So darf Igor Setschin, der Direktor des Erdölkonzerns Rosneft, nicht mehr nach Amerika einreisen. Er ist ein enger Weggefährte Putins.

Die Sanktionen des Westens, besonders der Vereinigten Staaten, hinterlassen bei russischen Firmen ihre Spuren. In der vergangenen Woche wurde Igor Setschin, der Direktor des weltgrößten börsennotierten Erdölkonzerns Rosneft, von Washington mit einer Einreisesperre belegt. Die kuriose Konsequenz: Setschin darf den Chef seines wichtigsten privaten Aktionärs nicht mehr in dessen Heimat besuchen. […]
http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/sanktionen-gegen-russland-putins-mann-bei-rosneft-12922553.html

Bau der South-Stream-Pipeline

Gas an der Ukraine vorbei, taz.de

von Elena Savova, 04.05.2014

Der Bau der South-Stream-Pipeline durchs Schwarze Meer wird konkret: Gazprom und der österreichische Konzern OMV unterzeichnen eine Absichtserklärung.

Während man sich im Westen Gedanken macht, wie man Russland in der Ukraine-Krise zur Kooperation zwingen kann, kann der russische Gasmonopolist Gazprom weiterarbeiten, als gehe ihn das gar nichts an. In der vergangenen Woche unterzeichnete er gemeinsam mit dem österreichischen Energiekonzern OMV eine Absichtserklärung über den Bau des österreichischen Abschnitts der South-Stream-Pipeline. […]
http://www.taz.de/Bau-der-South-Stream-Pipeline-/!137841/

Komplizierte Zukunftsperspektiven

Der Donbass sucht sein Heil im Osten, NZZ.online

von Rudolf Hermann, Donezk, 05.05.2014

Für das Industriegebiet des Donbass, einst der Stolz der Sowjetunion, steht ein schmerzhafter Strukturwandel am Horizont. Die Politik kann diesen verzögern, aber nicht aufhalten. In jedem Integrationsszenario kommt die Schwerindustrie unter Druck.
«Wo sollen wir hin? Nach rechts, zu Russland, oder nach links, zur EU? So stellt sich die Frage nicht. Sondern: Kommen wir hoch, oder fallen wir tief?», sagt in entschiedenem Sprachduktus eine sonore Stimme. Sie gehört zu Serhi Tihipko, einem Politiker und früheren Bankfachmann, der Präsident der Ukraine werden möchte und in Radio- und Fernsehspots für seine Sache Werbung macht.

Gretchenfrage Integration

Tihipko war lange Zeit ein Spitzenvertreter der namentlich in der industriellen Ostukraine stark verankerten Partei der Regionen, dem einstigen politischen Vehikel des nun entmachteten Präsidenten Janukowitsch. Für die Wahlen kandidiert er nach einem Zwist mit seiner Partei als Unabhängiger, aber mit starkem Fokus auf deren Stammgebiet im Osten des Landes. Dass er in seinem Wahlkampfspot der integrationspolitischen Gretchenfrage elegant aus dem Weg zu gehen sucht, hat deshalb seine Logik. Denn daran kann er sich höchstens die Finger verbrennen.
•Als Vizeministerpräsident für Wirtschaftsfragen von 2010 bis 2012 in der Administration Janukowitsch war Tihipko massgeblich an der Ausarbeitung des Assoziations- und Freihandelsvertrags zwischen der EU und der Ukraine beteiligt gewesen. Und noch Anfang Dezember des vergangenen Jahres, als sich Janukowitsch bereits unter dem Druck Russlands von der Unterzeichnung der Abkommen mit der EU distanziert hatte, vertrat er als Vizevorsitzender der Partei der Regionen die Meinung, die Ukraine dürfe sich im Interesse ihrer jungen Generation vom westlichen Integrationskurs nicht abwenden.

Mit solchen Äusserungen ist in der Ostukraine und namentlich dem von Schwerindustrie gekennzeichneten Donezker Becken (Donbass) allerdings wenig Staat zu machen. Zwar gibt es junge Leute aus städtischer Umgebung wie etwa die Wirtschaftsstudentin Wiktoria Bondar, die nebenher jobbt und auch schon Erfahrungen mit selbständiger unternehmerischer Tätigkeit hat («irgendwie muss man sich ja über Wasser halten»). Sie blickt nach Westen, hat klare Vorstellungen davon, was sie vom Leben will und vor allem auch was sie nicht will: eine von klientelistischen – einige würden sogar sagen: mafiosen – Strukturen eingeschnürte Gesellschaft.

Kohle und Stahl

Doch das Gesicht des Donbass ist generell ein anderes. Die Region lebt immer noch von ihrem Selbstverständnis als industriellem Kernland früher der Sowjetunion und heute der Ukraine. Die Kohlevorkommen gehören mit wirtschaftlich abbaubaren Reserven von 10 Mrd. t zu den grössten Europas. Sie sind unübersehbar; sogar mitten im Zentrum der Millionenstadt Donezk gibt es kaum einen Ort, wo man nicht eine der unzähligen Abraumhalden der Kohlegruben im Blickfeld hätte.
Die Kohle des Donbass wiederum ist der Rohstoff für Stromproduktion und eine extensive Stahlindustrie. Laut Kommentatoren arbeiten jedoch namentlich die staatlichen Minen defizitär, sind in schlechtem Zustand und für die Arbeitnehmer gefährlich. Die Stahlindustrie leidet an ungenügenden Investitionen, produziert zu wenig effizient und verliert damit in einem härter werdenden globalisierten Wettbewerb an Konkurrenzfähigkeit. Das ist für die Ukraine insofern ein Problem, als Stahl traditionell zu den wichtigsten Exportartikeln gehört. 2013 wurden laut dem International Steel Statistics Bureau 24,6 Mio. t an Stahlprodukten exportiert (2012: 24,0 t; 2006: 30,3 t), die 28% der Exporteinnahmen generierten.

Kohle und Stahl: Diese zwei Sektoren gaben den Industriearbeitern des Donbass zu Sowjetzeiten «Heldenstatus» und der Region ein Selbstbild als Wirtschaftsmotor. Die Identifikation mit der Sowjetzeit ist auch heute noch stark, und man versteht sich als diejenigen, die mit ihrer Wirtschaftskraft «den Rest des Landes ernähren».

Triste Landschaft

Dies jedoch ist nur noch Legende. Der Donbass sei im Gegenteil eine der am stärksten von der Zentralregierung unterstützten Regionen, sagte unlängst der Gouverneur des Donezker Gebiets, Serhi Taruta, in einem Medieninterview. Natürlich sei es so, dass der Donbass 25% des ukrainischen Bruttoinlandprodukts generiere. Doch werde zu wenig bedacht, dass dies noch nicht heisse, dass dabei auch Gewinn erwirtschaftet werde. Taruta spricht dabei nicht aus dem hohlen Bauch. Bevor er als politischer Krisenmanager in den Gouverneurssessel gehievt wurde, galt sein primäres Interesse dem Industriekonglomerat ISD Corporation, das er mit einem russischen Partner besitzt.

Eine Fahrt durch den Donbass zeigt bald, wieso von Aussenstehenden die Region nicht als industrieller Dynamo gepriesen, sondern als «rust belt» («Rost-Zone») abqualifiziert wird. Das Bild, das sich jenseits der Glitzermeilen der grossen Zentren bietet, ist desolat. In mittelgrossen Industriestädten wie Kostjantiniwka oder Slowjansk, die zwischen 50 000 und 500 000 Einwohner zählen und von denen es im Donbass rund ein Dutzend gibt, fährt man an einem verlotterten Industriebetrieb nach dem anderen vorbei. Die Mehrheit der Bevölkerung wohnt in bröckelnden Plattenbauten. Depressiv wirken auch die ländlichen Siedlungen zwischen den gesichtslosen industriellen Zentren, auch wenn ihnen gerade Sonnenschein und blühende Bäume ein freundlicheres Antlitz geben. Auf den kleinen Äckerchen vor den Häusern arbeiten nicht selten gebückte Pensionäre, um mit eigenem Anbau irgendwie noch über die Runden zu kommen.

Verbreitete Sowjetnostalgie

Hier haben die Menschen andere Sorgen, als sich integrationspolitische Fragen zu stellen. Und wenn, dann blicken sie nach Osten. Man fürchtet den Verlust vieler Arbeitsplätze, sollten die traditionellen Verbindungen der Schwerindustrie zu Russland leiden. Die im Donbass weitverbreitete Sowjetnostalgie wird vor diesem Hintergrund verständlicher, wenn sie auch kaum einen zukunftstauglichen wirtschaftlichen Entwicklungsansatz darstellt.

Schaut man allerdings auf die Exportstatistik von Metinvest, dem grössten ukrainischen Stahlproduzenten und traditionell einem der 30 grössten weltweit, so gäbe es auch für die Bevölkerung des Donbass sehr wohl Grund, eine Annäherung an die EU zu begrüssen. Laut dem jüngsten Jahresbericht von Metinvest , einem Unternehmen unter dem Dach der System-Capital-Management-Holding des Oligarchen Rinat Achmetow, gingen im vergangenen Jahr 24% der Exporte nach Europa (2012: 22%) und nur 12% in Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (2012: 15%).

Exponierter Maschinenbau

Durch einen Kiewer Westkurs verwundbarer als die Stahlindustrie erscheint die ebenfalls vorwiegend in der Ostukraine angesiedelte Maschinenbauindustrie, namentlich für den Fall, dass der Kreml versucht sein sollte, mit handelspolitischen Massnahmen eine nicht nach seiner Pfeife tanzende Ukraine wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Ukrainische Unternehmen haben in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine starke Stellung etwa beim Bau von Lokomotiven und Eisenbahnwagen, Flugzeug- und Schiffsmotoren oder Turbinen für Kraftwerke. Viele dieser Fabriken sind ausserordentlich stark exportorientiert und dabei namentlich auf den russischen Markt fokussiert. Weitere enge Verbindungen bestehen im Bereich der Rüstungsindustrie (siehe Kasten).

Gegenseitige Abhängigkeit

Mit dominanten Positionen in ihren jeweiligen Sektoren sind viele ukrainische Industrieunternehmen jedoch auch für ihre russischen Abnehmer wichtige, nicht leicht zu ersetzende Partner. Schlagen politische Überlegungen auf die Wirtschaft durch, so hat das auch für russische Unternehmen Folgen, wenn sie auch kaum so gravierend ausfallen würden wie für ihre ukrainischen Zulieferer.
Aufgrund der industriellen Verflechtungen und Abhängigkeiten müsste Russland eigentlich ein Interesse an einer prosperierenden Ukraine haben, unabhängig davon, in welche Richtung sich diese integrationspolitisch auch bewegt. Der Donbass hingegen geht mit seiner Schwerindustrie-Struktur in jedem Fall auf komplizierte Zeiten zu. Restrukturierungen und Effizienzsteigerungen sind unumgänglich, und das Augenmerk der staatlichen Wirtschaftspolitik dürfte sich zunehmend auf zukunftsträchtigere Sektoren verschieben – angesichts steigender Lebensmittelpreise etwa auf die Landwirtschaft.

Ein Bumerang?

Die im Donbass laut gewordene Forderung nach mehr politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen zur regionalen Selbstverwaltung ist zwar nachvollziehbar und auch berechtigt. Doch scheinen sich ihre Urheber wenig im Klaren darüber zu sein, dass das «Arbeiten auf eigene Rechnung» in einer Region, die vom Zentralstaat substanziell subventioniert wird, schnell einmal zum Bumerang werden könnte. Die Charkiwer Juristin Ljudmila Klotschko hat gegenüber der Forderung einer «Föderalisierung» der Ukraine auch andere Bedenken. Im gegenwärtigen Umfeld bedeute dies eine Schwächung der ohnehin angeschlagenen staatlichen Strukturen und bedeute damit die Erhaltung der Macht lokaler Seilschaften.
Solche sind, besonders nach vier Jahren der praktischen Monopolisierung der zentralen Macht durch den «Donezker Clan» um Ex-Präsident Janukowitsch, namentlich im Donbass stark ausgebildet. Von einer transparenteren, auf westliche Mechanismen sich zubewegenden ukrainischen Wirtschaft hätten die lokalen Barone nicht unbedingt Positives zu erwarten. Eine engere Anbindung an Russland bis hin zu einem Beitritt zum Eurasischen Wirtschaftsraum würde ihnen eher erlauben, ihre Macht zu erhalten. Ob der Wirtschaftsentwicklung der Region, und damit den Interessen der Bevölkerung des Donbass, damit längerfristig gedient wäre, ist aber eine ganz andere Frage.

http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschafts-und-finanzportal/der-donbass-sucht-sein-heil-im-osten-1.18295681

Gazprom verlangt von der Ukraine Vorauszahlungen

Gasversorgung nur bis Ende Mai gesichert, NZZ.online

von René Höltschi, Brüssel, 03.05.2014

Die EU will im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine vermitteln. Derweil warnte der russische Energieminister Nowak vor möglichen Störungen der Gaslieferungen ab Juni.

Die russischen Gaslieferungen in die Ukraine und – via Ukraine – in die EU sind bis Ende Mai gesichert. Dies erklärte der EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Freitag nach einem Treffen mit den Energieministern von Russland, Alexander Nowak, und der Ukraine, Yuri Prodan, in Warschau. Man sehe mit Sorge, dass die Versorgungssicherheit für die Bürger der EU, aber auch anderer europäischer Länder und der Ukraine nicht garantiert sei, sagte Oettinger an einer im Internet übertragenen Pressekonferenz. Die drei Seiten seien übereingekommen, Mitte und Ende Mai je ein weiteres trilaterales Treffen abzuhalten mit dem Ziel, strittige Fragen bezüglich der Erdgaslieferungen bis Ende Mai zu lösen. Alle Seiten hätten zugesagt, dass die

Gasflüsse während der Dauer der Gespräche, also während des Monats Mai, nicht unterbrochen würden.

Russland will Vorauszahlung

Nowak sagte an einem separaten Presseauftritt, die Ukraine habe für das in den letzten beiden Monaten gelieferte Erdgas nicht bezahlt. Deshalb gehe der russische Gaskonzern Gazprom wie vorgesehen dazu über, Vorauszahlungen zu verlangen. Der 16. Mai sei die Deadline für das Verschicken einer Rechnung für den Monat Juni. Falls diese nicht bis Ende Mai bezahlt werde, könne Gazprom laut dem Vertrag die Lieferungen in die Ukraine reduzieren.
Die Zahlungsrückstände sind im Rahmen eines Streits zwischen Russland und der Ukraine über eine massive Erhöhung des Gaspreises entstanden. Oettinger sagte, es sei unstrittig, dass das ukrainische Unternehmen Naftogaz Rechnungen nicht bezahlt habe (Oettinger sprach von der Periode Februar bis April) und dass in dieser Zeit Gas für die Ukraine geliefert worden sei. Umstritten sei der Preis hierfür. Die EU-Kommission wolle in der Frage des angemessenen, Marktgepflogenheiten entsprechenden Gaspreises ein fairer Mittler sein. Die EU wolle die Ukraine und Naftogaz stabilisieren und auch wirtschaftlich unterstützen.

Vom Briefwechsel zum Treffen

Das Treffen in Warschau geht zurück auf einen Briefwechsel zwischen Russland und der EU zum Gasstreit. Die EU bezieht rund 30 Prozent ihrer Gasimporte aus Russland, und fast die Hälfte dieser Lieferungen fliessen durch die Ukraine. Eine massive Störung der russischen Lieferungen in die Ukraine kann deshalb rasch auch die Bezüge der EU und weiterer europäischer Länder beeinträchtige

http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschafts-und-finanzportal/gasversorgung-nur-bis-ende-mai-gesichert-verhandlungen-zwischen-der-eu-russland-und-ukraine-1.18295235